

Der fehlende Einfiiedezucker.

In einer schriftlichen Interpellationsbeantwortung betreffend die Zuweisung von Zucker im heurigen Jahre für Zwecke der Obstverwertung im Haushalte verweist der Minister für Volksernährung Generalmajor Höfer auf die im Vorjahre an die Haushalte erfolgte Zuweisung von Zucker für die Obstverwertung im Wege besonderer Zuckerspezialitäten und führt aus: Obwohl zweifellos ein großer Teil dieses Zuckers nicht für Einfiiedezwecke verwendet wurde, hätte das Ernährungsamt bestimmt kein Bedenken getragen, auch im Jahre 1917 Obst-einfiiedezucker den Haushaltungen zur Verfügung zu stellen. Da jedoch der Bedarf an Obst-einfiiedezucker fast einem vollen Monatsbedarf an Konsumzucker gleichkommt, mußte heuer von der Ausgabe des Obst-einfiiedezuckers abgesehen werden, um die normale Verbrauchsdeckung nicht zu gefährden. Der Minister verweist darauf, daß die Produktion 1916/17 hinter den Erwartungen zurückblieb, während der Bedarf ein sehr bedeutender war und blieb. Hierzu kommt, daß wir auch den Ansprüchen unserer Verbündeten, der Türkei und Bulgariens, nach Zucker gegen Kompensationen Rechnung tragen, auch den Bedarf der okkupierten Gebiete wenigstens notwendig decken müssen und schließlich Zucker bei Verhandlungen mit neutralen Staaten einen der wenigen verfügbaren Austauschartikel bilden. Gegen den Vorschlag, anstatt weißen Zuckers für Einfiiedezwecke Rohzucker zuzuteilen, sprach insbesondere der Umstand, daß bei Verarbeitung von Rohzucker die Gefahr des Verderbens des Obstes vorhanden war. Wenn darauf hingewiesen wurde, daß in Ungarn Zucker für Zwecke der häuslichen Obstverwertung zur Verfügung gestellt wurde, so ist zu bemerken, daß bei Abgabe der entsprechenden Menge Zuckers in Oesterreich auf alle Haushalte zirka $\frac{1}{2}$ Kilogramm auf den einzelnen Haushalt entfallen wäre, womit einem Haushalte kaum ernstlich gedient gewesen wäre. So schwer die Nichtausgabe von Zucker gerade von unseren Hausfrauen, die sich in diesen Zeiten mit selbstloser Aufopferung ihren Pflichten unterziehen, empfunden werden möchte, konnte das Amt für Volksernährung angesichts seiner hohen Verantwortung Maßnahmen nicht verfügen, durch die die Deckung des Zuckerbedarfes gefährdet hätte werden können.